

Wahlbündnisse und Wahlniederlagen.

Es trifft sich sehr merkwürdig, daß fast gleichzeitig aus zwei Nachbarländern die Resultate der Wahlen bekannt geworden sind, die genau in derselben Weise und sich gegenseitig bestätigend einen Beitrag zur Beurteilung der sozialistischen Wahltaktik geben.

Auf den ersten Blick kann nichts vernünftiger erscheinen als ein Wahlkompromiß. Wenn man das gleiche will — natürlich nicht auf die Dauer und in fernher Zukunft, sondern in der nächsten Zeit — so ist es töricht, in gegenseitigem Hader seine Kräfte zu vergeuden, anstatt sie ganz auf die Vernichtung des gemeinsamen Feindes zu verwenden.

So scheint es auf den ersten Blick. Aber in Wirklichkeit trennen nicht die Parteiprogramme, sondern die Klasseninteressen die Menschen in verschiedene Lager; sie bilden die realste Wirklichkeit, von der die ideologischen Anschauungen und politischen Programme nur einen oft verzerrten Abklatsch bilden. Der große Kampf, der die menschliche Gesellschaft bewegt und alles Handeln der Menschen mächtig bestimmt, ist kein Kampf um abstrakte Anschauungen, um religiöse oder philosophische Ideen, sondern ein Klassenkampf, der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Selten war die Voraussetzung für die Unterstüfung eines bürgerlichen Ministeriums dermaßen vorhanden wie jetzt in Dänemark. Der Minister Zahlé, der ohne Parlementsmehrheit nur dadurch ans Ruder gekommen war, daß die Häupter der anderen Parteien abgewirtschaftet hatten, ein zuverlässiger und aufrichtiger Demokrat, mußte schon im Interesse seiner eignen Partei viele politische Reformen durchzuführen, die wir gleichfalls wünschen, Reformen dazu, die schon an sich in diesem kleinbäuerlichen Lande die große Wählermasse gewinnen müssen, wie Beschränkung des Militarismus und ein demokratisches und gerechteres Wahlsystem.

Wie das möglich war? Vor allem, weil sie tüchtig den roten Lappen schwengen. Bürger und Bauern wurden mit einer bevorstehenden deutschen Invasion und mit der Herrschaft der eigentumsfeindlichen Sozialisten erschreckt. Die skrupelloseste und schäbigste Demagogie wurde angewandt. Das ist aber nicht das Bemerkenswerte, daß sie angewandt wurde, sondern daß sie Erfolg hatte. Wir lernen hier wieder die Geistesverfassung der bürgerlichen Klassen kennen, die bewirkt, daß eine solche Agitation immer gut einschlägt. Weil sie in ihrem Innern von Profitgier beherrscht, daher von Haß gegen den Sozialismus und die Arbeiter erfüllt und zu bewaffneter Gewalttätigkeit geneigt sind, deshalb fielen sie von den durch das rote Bündnis kompromittierten Radikalen ab.

Wenn wir immer die Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Demokratie hervorheben, die sich hier aufs neue gezeigt hat, so bedeutet das nicht, daß jeder demokratische Politiker ein unzuverlässiger Mann ist. Es bedeutet, daß jene Demokratie in den Massen keinen Halt mehr hat. Will der demokratische Politiker die Gunst seiner Klasse behalten, so muß er die Demokratie verraten — die Beispiele davon sind jetzt Legion —; bleibt er aber seiner

Demokratie treu, dann lassen die Wähler ihn im Stich — das ist die neue dänische Erfahrung.

So müssen notwendig die Erfolge ausbleiben, die die Rechtfertigung der Bündnispolitik bilden sollten, und es erweist sich diese selbst als eine verfehlte Berechnung. Das zeigt auch Belgien. Der Sturz der liberalen Herrschaft, das war das erstrebenswerte Ziel, womit das Bündnis mit den Liberalen entschuldigt wurde. Aber von dem Augenblick an, da diese Politik eingeführt wurde, ging es mit dem Sturz des Liberalismus immer langsamer. Bei jeder folgenden Wahl wurde er wieder prophezeit; aber jedesmal bröckelten nur ein paar Steine ab, und immer weniger. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Politik die liberale Herrschaft mehr gestärkt als geschwächt hat, und vielleicht wäre sie ohne das Bündnis von Liberalen und Sozialdemokraten schon gefallen.

Zugleich leidet die innere und äußere Kraft der sozialistischen Bewegung unter dem liberalen Bündnis. Die prinzipielle Klarheit geht verloren. Es hilft dabei sehr wenig, daß Vandervelde vortreffliche Reden über unser Endziel hält; nicht das schließliche Endziel, sondern der augenblickliche Klassenkampf ist das Prinzip, worauf es ankommt. Daß der Blick von dem Klassenkampf und dem Klassenkampf gegen alle bürgerlichen Parteien abgelenkt und ausschließlich auf den Liberalismus als den Hauptfeind gerichtet wird, das ist die Ursache, wodurch die belgische Partei innerlich schwach ist. Dadurch hat sie die Stoßkraft eingebüßt, die früher, als die Partei allein kämpfte und große Siege erfocht, die Bewunderung aller Länder erregte. Wäre sie in jener Weise weitergegangen, und hätte sie gegen alle Bourgeoisparteien gekämpft, nur auf die eigene Organisationsmacht sich stützend, so hätte sie zweifellos den Liberalismus rascher zu einer anderen Regierungsmethode gezwungen. Durch ihre Bündnispolitik hat sie die eigene innere Kraft geschwächt und ist dem Ziele des Bündnisses um nichts näher gekommen.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung, Freitag, den 27. Mai, vormittags 11 Uhr. Am Ministertisch: von Bethmann-Hollweg, von Molke. Das Haus ist sehr stark besetzt, ebenso sämtliche Tribünen und Logen.

Die Wahlrechtsvorlage.

Die Beratung erfolgt in der Form der dritten Lesung. In Beginn der Beratung liegen Anträge vor vom Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen. Das Zentrum beantragt Wiederherstellung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses.

Die Konservativen beantragen, die Drittungsbezirke nach oben mit 5000 (statt mit 10 000 Einwohnern nach den Herrenhausbeschlüssen) zu begrenzen. Die Bezirke sollen von der staatlichen Verwaltungsbehörde gebildet werden. Wenn in einer Abteilung eines Stimmbezirks kein Wähler vorhanden ist, so sollen der Wahlmann oder die Wahlmänner der betreffenden Abteilung von der nächstniederen Abteilung bezw. von den übrigen Abteilungen gewählt werden. Ein dritter Antrag der Konservativen will im Gegensatz zu den Herrenhausbeschlüssen auch die Gemeindefeuerzuschläge bei der Maximierung berücksichtigen.

Die Nationalliberalen wiederholen ihre Anträge aus der früheren Beratung des Abgeordnetenhauses. Ein Antrag fordert die direkte Wahl. Ein zweiter Antrag setzt die untere Grenze der Drittungsbezirke auf 2500 Einwohner fest. Ein dritter Antrag will bei 5000 W. in Gemeinden über 20 000 Einwohner bei 10 000 W. maximieren. Der jüngste Steuerjahrgang soll mit 5 statt mit 4 W. in Anrechnung gebracht werden. Die erste Wählerklasse soll mindestens 10, die zweite mindestens 30 Wähler enthalten. Zu den Kulturträgern sollen hinzugefügt werden die Provinzialland- und Kreisverwaltungsbeamten, die Stadtverordneten, Gewerberichter und Kaufmannsrichter und Mitglieder von Arbeitsausschüssen und alle mindestens 30-jährigen mit einem Einkommen von mindestens 2700 Mark. Die Wahlmänner sollen aus dem ganzen Wahlbezirk bezw. aus dem Stadt- oder Landkreis entnommen werden. Die Wahlen sollen Fristwahlen sein. Außerdem beantragen die Nationalliberalen eine Resolution auf Änderung der Wahlkreise.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg: Ich will kurz die Stellungnahme der Regierung präzisieren. Die Staatsregierung bleibt dabei bestehen, daß die Drittungsanträge der Konservativen nicht genügen. Der Antrag des Zentrums auf Wiederherstellung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in allen Teilen und der nationalliberale Antrag auf Einführung der direkten Wahl sind für die Regierung unannehmbar. Wenn in diesem Hause sich keine Mehrheit für eine Entscheidung auf Grundlage der Herrenhausbeschlüsse finden sollte, sehe ich keine Aussicht, zu einem positiven Ergebnis zu kommen. (Bewegung. Lachen links.)

Hg. v. Heydebrand (konf.): Dem Zentrumsantrag auf einfache Wiederherstellung der Abgeordnetenhausesbeschlüsse können wir nicht zustimmen, weil wir dem Herrenhaus entgegenkommen wollen. Wir lehnen ferner, wie schon früher, die nationalliberalen Anträge ab. Unsere Anträge suchen den Herrenhausbeschlüssen entgegenzukommen. (Gelächter links.) Wir bedauern, den Drittungsbeschlüssen des Herrenhauses nicht beitreten zu können. Die Beschlüsse gehen nach unserer Ansicht zu weit. Sie gefährden den mittelstandsfreundlichen Charakter des bestehenden Wahlrechts. (Lachen links.) Unser bewährtes altes Wahlrecht ist ein ausgesprochenes Mittelstandswahlrecht. (Veh. Zustimmung rechts; allgemeines Gelächter links.) Als die wahren Freunde des Mittelstands (erneutes Gelächter links) können wir die Verschärfung des Herrenhauses nicht ungeneigt annehmen. Wir müssen ferner Klaffen schließen in der Herrenhausfassung beseitigen. Wir wünschen ferner, daß die Drittungsfrage nicht von der Gemeindebehörde, sondern von der staatlichen Behörde vorgenommen werde. (Zuruf links: Vom Landrat!) Wir bebauern und sind erlautet darüber, daß die Staatsregierung das ganze Schicksal der Vorlage von der Drittungsfrage abhängig gemacht hat. Die Regierung hatte sich doch hier im Abgeordnetenhaus mit den Beschlüssen dritter Lesung im allgemeinen einverstanden erklärt. Wir müssen der Staatsregierung anheimgeben, zu erwägen, ob ihre jetzige Stellungnahme die richtige ist. Wir konservativen sind bereit gewesen, unsere speziellen Wünsche zurückzustellen, um in gemeinsamer Arbeit mit allen bürgerlichen Parteien ohne Unterschied

etwas Positives zu schaffen. So haben wir das geheime Wahlrecht akzeptiert, obwohl wir nach wie vor entscheidende Anhänger des öffentlichen Wahlrechts sind. (Zuruf links: Komödie! No-kommandierung!) Wir haben der geheimen Wahl zugestimmt, um etwas Positives zustandezubringen, hatten uns aber für die Zukunft absolut nicht für gebunden. (Veh. Beifall.) Unsere Zugeständnisse gingen von der leider nicht erfüllten Voraussetzung aus, daß sich eine große positive Mehrheit der bürgerlichen Parteien finden würde. Wir wollten ferner einer loyal um die Einführung eines königlichen Versprechens bemühten Regierung hilfreich zur Seite stehen. (Gelächter links.) Aber diese Unterstützung hat gewisse Grenzen und wider unsere Ueberezeugung können wir nicht handeln. Sollte das Gesetz scheitern, so tragen nicht wir die Verantwortung. (Veh. Beifall rechts; Lachen links.)

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg: Ich habe hier im Abgeordnetenhaus bei der dritten Lesung erklärt, daß die Staatsregierung, obwohl sie ihre ursprüngliche Vorlage für besser hält (Lachen links), die Verbindung der geheimen und indirekten Wahl akzeptiert, daß sie aber sich an Einzelheiten der Abgeordnetenhausesbeschlüsse nicht binden könne. Es konnte nicht zweifelhaft sein, daß unter diesen Einzelheiten die Drittungsfrage und die Frage der Kulturträger obenan stand. Die Beibehaltung der indirekten Wahl bedingte Beseitigung der Unstimmigkeiten und Angriffspunkte bei der jetzigen Drittungsfrage. — Ich erkenne dankbar die positive Arbeit der Konservativen und bis zu einem gewissen Grade auch des Zentrums an. (Zuruf links: Gelächter links.) Wie für die Konservativen, so gibt es aber auch für die Staatsregierung gewisse Grenzen. Unter allen Umständen muß sie Sicherung des abgestuften Wahlrechts verlangen. Kommen wir nicht zu einem positiven Ergebnis, so muß ich das bedauern; die Staatsregierung muß aber auf ihrer Stellung bestehen, auf die Gefahr hin, daß eine Majorität für ein positives Zustandekommen des Gesetzes in diesem Hause sich nicht finden sollte. (Bewegung.)

Hg. Herold (Zentr.): Wir haben uns aufrichtig bemüht, in möglichstster Anlehnung an die Regierungsvorlage zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Um den Preis der geheimen Wahl akzeptierten wir die indirekte. Da die Verbindung der direkten und geheimen Wahl für die Regierung nach ihrer Erklärung unannehmbar ist, so liegt der Verdacht nahe, daß man die jetzt die direkte Wahl beantragt, es tun, um die geheime Wahl zu Falle zu bringen. Die bewährte Drittungsfrage der Urwahlbezirke, die 1891 die Vorbedingung zu unserer Zustimmung zur damaligen Steuerreform war, hatten wir unter allen Umständen fest. Die Maximierung in der Herrenhausfassung ist einfach wertlos. Von 44 000 W. Steuern eines Besitzes würden nur etwa 2000 W. nicht in Anrechnung kommen. Wir haben für die Kulturtrivprivilegierung gestimmt, um andern Parteien und der Regierung entgegenzukommen. Am liebsten wäre uns völlige Beseitigung jeder Privilegierung. — Auf das schärfste müssen wir protestieren gegen Ausherrungen hochgeklärter Männer im Herrenhaus über das Zentrum, Ausherrungen, auf die lebhafter Beifall und Händeklatschen erfolgte. Trotz solcher Angriffe werden wir auch in Zukunft im Interesse des Reichs, des Staats und der Monarchie wirken. Wir bedauern ein Nichtzustandekommen; und trifft keine Verantwortung. Wir hoffen von der Zukunft, daß sie uns ein besseres Wahlrecht bringen wird. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Dr. Friedberg (nat.-lib.): Wir haben stets betont, daß nur die geheime in Verbindung mit der direkten Wahl eine befriedigende Lösung bringen könne. Wir waren aber doch zu einer Verständigung bereit, wenn man uns in einer Reihe von Punkten entgegenkommt. Hier stand voran die Drittungsfrage. Die ungeschwächte Aufrechterhaltung der Drittungsfrage nach Urwahlbezirken wird namentlich von der Industrie des Westens als Benachteiligung empfunden. Wir haben andererseits kein Bedenken daraus gemacht, daß die Beseitigung der Drittungsfrage nach Urwahlbezirken eine plutokratische Tendenz in das Gesetz hineinbringt. Um dagegen nun ein gewisses Gegengewicht zu schaffen, haben wir Anträge gestellt, deren maßvolle vorläufige Form unser Bestreben zeigt, uns mit den Konservativen zu verständigen. Wir haben keinen Zweifel gefaßt, daß wir unter unsrer Mindestforderungen nicht heruntergehen können. Regierung und Herrenhaus haben sich bemüht, unsere Wünsche entgegenzukommen. Ich spreche unsern Dank mit derselben Aufrichtigkeit aus, wie der Hg. v. Heydebrand seinen Dank. (Hg. Kopf: Mit derselben Aufrichtigkeit ist gut! Weiterkeit.) Aber die Drittungsfrage ist Prinzipienfrage. Andre wichtige Minderheiten haben mitgesprochen. Unsere wichtigsten Forderungen sind nicht erfüllt. Und so ist uns die Vorlage in der Herrenhausfassung unannehmbar. Wohl legen viele Fraktionsmitglieder aus dem Westen besonderen Wert auf die Drittungsfrage in der Herrenhausfassung, aber auch diese unsere Mitglieder verlangen Ergänzung der Herrenhausbeschlüsse im Sinne unserer Anträge und auch sie wollen nicht, daß das Wahlrecht plutokratisch zurückgebildet wird. Einem größeren Teil meiner politischen Freunde würden aber auch mit dieser Ergänzung die Herrenhausbeschlüsse noch nicht annehmbar sein. Auch die Frage, ob die Herrenhausbeschlüsse als Abschlagszahlung anzusehen sind, haben wir nach nochmaliger sachkundiger und gewisserhafter Prüfung mit einem glatten Nein beantwortet. (Hört, hört! rechts.) Unsere Bereitwilligkeit, auch jetzt noch positiv mitzuarbeiten, haben wir durch unsere Anträge bewiesen. — Redner begründet diese Anträge. Auf die Dauer ist das verkehrte und innerlich unwahre Prinzip der indirekten Wahl unhaltbar. (Sehr richtig! links.) Wenn überhaupt Kulturträger privilegiert werden, so muß sich die Privilegierung auch auf den gewerblichen Mittelstand und auf die städtische Selbstverwaltung erstrecken. Die Verschärfungen des Herrenhauses über die Kreiswahlbestimmungen müssen aus dem Gesetz herausgestrichen werden. Ferner schlagen wir Vermehrung der Abgeordnetenmandate vor. — Wir haben nie alles oder nichts verlangt. Unsere Forderungen sind Mindestforderungen. Wir haben nicht die Hinterhältigkeit gezeigt, die uns von einer gewissen Presse nachgeredet wird. Ein hervorragendes, vielleicht das hervorragendste Mitglied dieses Hauses hat einmal Deutschland einen Kanzler mit möglichst starken Nerven gewünscht. Intelligenz brauche er nicht zu besitzen. (Weiterkeit.) Ich meine im Gegenteil, Intelligenz ist dem Reichskanzler durchaus notwendig (Große Weiterkeit), aber starke Nerven auch. Solche starke Nerven sind aber auch den Parteien nötig, und wir besitzen sie Gott sei Dank, so daß uns weder Angriffe von den Konservativen noch von den Linkliberalen aus der Fassung bringen. Die Linkliberalen Mütter sprechen immer von dem Magdeburger Beschlüssen. Aber der so weit links stehende Herr Barth hat zunächst ein Notgesetz verlangt, das die geheime Wahl bringt. Andre Freisinnige erklärten sich vorläufig mit der direkten und geheimen Wahl als Abschlagszahlung zufrieden. Also warum spricht man von nationalliberalen Umfäll. Wir treiben Realpolitik unbekümmert um alles Geschrei vom Umfäll und hätten zugestimmt, wenn man uns etwas geboten hätte, was als Etappe zum Ziel, als Abschlagszahlung angesehen gewesen wäre. Davon kann aber keine Rede sein. Die jetzt eingebrachten konservativen Anträge scheinen insbesondere förmlich über die Mittelparteien lustig zu machen. (Sehr wahr! bei den Nat.-lib. und den Freis.) Die Anträge der konservativen Partei, derselben Partei, die sich jetzt so eifrig um die Industriellen des Westens bemüht, bringen neue Verschärfungen für die Industrie. Ich würde gern heute Herrn von Jellitz anrufen: „Du hast's erreicht, Oktavio!“ (Große Weiterkeit.) Ich kann es nicht, denn Herr v. Heydebrand ist Sieger